

## **BESCHLUSS DES FRAKTIONSVORSTANDES VOM 5.9.2018**

### **» KLIMA SCHÜTZEN, WALD RETTEN, KOHLE STOPPEN!**

Wir kritisieren, dass RWE in diesen Tagen die Rodung des Hambacher Waldes vorbereitet. Der Konzern beschwört mit Unterstützung der Landesregierung Nordrhein-Westfalens und mit Duldung der Bundesregierung eine unnötige Eskalation des Konflikts herauf und torpediert die Arbeit der Kohlekommission. Wir appellieren an alle Beteiligten für einen friedlichen und gewaltfreien Protest. Gewaltanwendung im Hambacher Wald verurteilen wir.

Der hunderte Jahre alte Hambacher Wald ist seit langer Zeit Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzungen zwischen RWE auf der einen sowie Umweltorganisationen und Initiativen auf der anderen Seite. Der Konzern behauptet, wenn diesen Herbst der verbliebene Rest Hambacher Wald nicht gerodet werde, müsse der Tagebau stillgelegt werden. Genau das hatte RWE auch schon letztes Jahr behauptet. Doch obwohl das Gericht die Rodungen damals stoppte, lief der Tagebau weiter. RWE versucht, mit der gleichen, schon letztes Jahr falschen Behauptung, die Rodungen politisch durchzudrücken. Es ist klar, worum es RWE in Wahrheit geht: Der Wald soll so schnell wie möglich weg, damit es neben dem Klimaschutz kein weiteres Argument gibt, den Tagebau Hambach zu verkleinern.

Der Hambacher Wald ist zum Symbol für den Widerspruch zwischen der Kohleverstromung und dem Natur- und Klimaschutz geworden. Die immensen CO<sub>2</sub>-Emissionen der Kohlekraftwerke und die zerstörerische Wucht der Tagebaue sind die Zeugen der alten Energiewelt. Jeder weiß inzwischen, dass Deutschland nicht Klimaschutzland sein und Kohleland bleiben kann. Jeder weiß, dass das Abbaggern ganzer Landschaften, die Verlagerung von Dörfern und die Umsiedlung tausender Menschen beendet werden muss.

Die Bundesregierung hätte daraus längst Konsequenzen ziehen und den Kohleausstieg verbindlich und schnell einleiten müssen. Diese Entscheidung hat sie jedoch in die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (Kohle-Kommission) verschoben, die nunmehr versuchen soll, den Weg für einen gesellschaftlichen Kompromiss und einen sozialverträglichen Ausstieg aus der Kohlenutzung aufzuzeigen.

Es ist fatal, dass die Arbeit der Kohle-Kommission jetzt durch den RWE-Konzern und seine Eskalationsstrategie belastet wird. Die Kommission kann nicht ernsthaft nach Lösungen suchen und zeitgleich fallen im Hambacher Wald unter massivem Polizeischutz jahrhundertealte Eichen. Es kann nicht sein, dass der Wald gerodet wird, solange die Kommission arbeitet, sonst droht die Kommission zur Farce zu werden. Ein Kohlekonzern, der im Rheinland für seinen Tagebau Flüsse, Dörfer und Autobahnen wie Spielzeug verlegt, ist auch in der Lage, so zu baggern, dass der Rest des Hambacher Waldes erhalten werden kann.

Ohnehin sind die Tage der dreckigen Braunkohle gezählt. Wir brauchen ein Rodungsmoratorium, solange die Kohle-Kommission tagt und eine schnelle Stilllegung der schmutzigsten Kraftwerke. Weitere Rodungen für den Braunkohleabbau ergeben daher keinen Sinn und stehen in keinem Verhältnis zu dem dadurch verursachten gesellschaftlichen und ökologischen Schaden. Wenn die Bundesregierung die von ihr selbst eingesetzte Kohle-Kommission ernst nimmt, muss sie gegenüber RWE und der Landesregierung Nordrhein-Westfalen dafür sorgen, dass im Hambacher Wald die Kettensägen ausgeschaltet bleiben.